



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 50 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Der Verbands-Jahresbericht für 1913. — Eine große Gefahr für das Volksleben. — Die Gewerkschaften und die Vertragsentwicklung. — Rundschau. — Abrechnungen. — Anzeige.
Beilage: Natur und Geist. — Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Korrespondenzen (Dresden, Frankfurt a. M., Nürnberg-Fürth). — Eingegangene Druckschriften. — Briefkasten.

Für die Woche vom 31. Mai bis 6. Juni ist die Beitragsmarke in das mit 23 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Der Verbands-Jahresbericht für 1913.

Trotz der schlechten Zensur, die dem Jahre 1913 in bezug auf die allgemeine wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft ausgestellt werden muß und trotzdem auch in unseren Gewerben die Verhältnisse nicht sehr erfreuliche gewesen sind, pulsierte das Organisationsleben in reger Weise weiter. Und gerade in Zeiten, wo wirtschaftliche Krisen ungeheure Arbeitslosigkeit hervorrufen, die verbunden mit den fortgesetzten Preissteigerungen auf die Lebenshaltung des erwerbstätigen Volkes brüchen, da zeigt sich so recht der Wert des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der Segen der Organisation. Was würde wohl aus den Tausenden und Aber-tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen werden, die in solchen Zeiten als Opfer unserer verkehrten Wirtschaftsordnung in Fabriken und Werkstätten überflüssig werden, wenn sie nicht Schutz und Hilfe bei ihren Organisationen finden würden? Aber nicht allein vor der äußersten Not werden die Arbeitslosen bewahrt, sondern sie brauchen auch nicht zu Lohnbrüchern werden, um dann bei aufsteigender Konjunktur mühsam wieder für eine Steigerung der gesunkenen Löhne kämpfen zu müssen. In dieser Beziehung hat sich im vergangenen Jahre unsere Organisation ganz besonders bewährt, das lehrt ein Blick in den soeben erschienenen Verwaltungs- und Rechenschaftsbericht.

94 056,40 M. an Arbeitslosen-Unterstützung allein gelangten im Jahre 1913 zur Auszahlung. Stellen wir dieser Summe zum Vergleich die Ausgaben für denselben Zweck im Jahre 1911 in Höhe von 48 614,— M. gegenüber, so können wir erst die ersprechende Wirkung der Krise sowohl als auch der technischen Revolutionierung des Gewerbes erkennen. Immer mehr Arbeitskräfte werden durch die Vervollkommnung der Maschinenteknik überflüssig und werden, besonders, wenn es sich um Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen handelt, gezwungen, in andere Berufe abzuwandern. Wenn trotz alledem aber unser Verband im Berichtsjahre nicht nur nicht zurückgegangen ist, sondern sogar eine Zunahme von 348 Mitgliedern zu verzeichnen hat, so ist das ein Zeugnis für seine innere Stabilität und für die ihm innewohnende Werbe-

kraft. Daß natürlich diese, an sich ja gering erscheinende Steigerung der Mitgliederzahl nur die Frucht angestrengtester und unermüdblicher Agitationsarbeit sein kann, wird um so verständlicher, wenn man bedenkt, daß nicht nur diese 348 Mitglieder gewonnen wurden, sondern daß insgesamt 4986 Neuaufnahmen gemacht werden mußten, um den Abgang zu decken und noch einen Ueberschuß zu erzielen. In dem Bericht wird denn auch mit Genugtuung konstatiert, daß „dieser, wenn auch langsame Aufstieg der unermüdblichen fleißigen Agitation zuzuschreiben ist, die ausnahmslos in allen Gauen betrieben“ wurde.

Die Fluktuation, wie sie sich in den Zu- und Abgangsziffern zeigt, war von jeher in unserer Organisation eine streng beachtete Erscheinung, und wir dürfen an ihr auch diesmal nicht achtlos vorübergehen. Wenn wir nämlich die oben bereits erwähnte geschäftliche Konstellation und die auch sonst schon bekannten Fluktuationsgründe gewissermaßen in Abzug bringen, dann bleibt eigentlich ein erfreuliches Resultat zu verzeichnen übrig, nämlich das, daß der Stamm der Organisation ein immer fester gestiger wird. Daß sich die Fluktuation in einer Gewerkschaft von nur ungelerten Arbeitern, noch dazu mit mehr als die Hälfte weiblicher, nicht unter ein bestimmtes Maß einschränken läßt, ist erwiesen. Wir sehen aber an der Mitgliederbewegung des Vorjahres, daß sich in dieser Beziehung die Verhältnisse wesentlich bessern. Das berechtigt aber wieder zu der Hoffnung, daß wir in normaleren Zeiten, die wir erwarten können, bedeutendere Fortschritte wie bisher zu machen imstande sind. Auch dafür gibt der Bericht die entsprechende Erklärung, die man nur wiederholt unterstreichen kann. „Wir können“, so wird ausgeführt, „als Zusammenhalt und Werkkraft die bei besserer Konjunktur abgeschlossenen Tarife nennen, denn sie sichern einen Mindestlohn, der selbst bei schlechtester Arbeitsgelegenheit und Ueberangebot von Arbeitskräften nicht gedrückt werden kann. Viel mehr für die Krisenjahre als für die immer kürzere Zeit einer guten oder gar Hochkonjunktur zeigen die bestehenden Tarife ihren Wert, und von diesem Standpunkt aus werden die oft geschmähten und falsch beurteilten Abschlüsse ebenfalls betrachtet werden müssen!“

So sehen wir, daß die Organisation nicht nur allein mit ihren Unterstützungsanstaltungen und mit ihrer Kampfbereitschaft ihre Mitglieder vor einer Verschlechterung ihrer Lage schützt, sondern daß sie mit ihrer Tarifpolitik von vornherein die schwersten Schädigungen hintanhält. Deshalb muß und wird es auch verstanden werden, wenn wir stets und ständig unser Augenmerk auf die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft richten müssen. Groß sind zwar die Hindernisse, die allenthalben sich diesen Bestrebungen entgegenstellen, und auch davon weiß der Bericht vom Jahre 1913 ein Vieles zu sagen. Trotz alledem hat uns der Tarifkampf verschiedene Erfolge gebracht, die zu der Hoffnung berechtigen, daß wir auch jene Widerstände überwinden werden, mit denen wir

bisher nicht fertig zu werden vermochten. Neben zwei Ortstarifen konnten eine ganze Reihe Haus-tarife für größere Betriebe abgeschlossen werden, die wir in den betreffenden Orten als die Vorläufer allgemeiner Tarife ansprechen können. Es sind allerdings auch einige Bewegungen erfolglos insofern verlaufen, als die erstrebten Abschlüsse nicht erzielt werden konnten. Teils waren es die Größenverhältnisse der angegriffenen Betriebe, teils der nicht genügende Organisationsumfang, was für den negativen Ausgang dieser Bewegungen ausschlaggebend war. Immerhin überwiegen aber die Erfolge, die zu verzeichnen waren, und auch in den anderen Orten sind Lohnsteigerungen die Folgen der gemachten Vorstöße. Die Ausgaben für Streiks beziffern sich auf 5287,35 M., eine Summe, die für die Beteiligten reichliche Zinsen bringt.

Der Rassenbericht, der wieder, wie alljährlich, bis in die kleinsten Details genau und übersichtlich ausgearbeitet ist, gibt ein Bild von der umfangreichen Finanzgebarung im Verbands. Die Gesamteinnahmen betragen 323 224,28 M., denen 279 648,15 M. Ausgaben gegenüberstehen. Mit dem sich daraus ergebenden Ueberschuß betrug der Rassenbestand am Schlusse des Jahres 144 045,04 M. Neben den bereits angeführten 94 056,40 M. an Arbeitslosenunterstützung und 5287,35 M. für Streikende wurden noch

44 680,15 M. an Kranke,
561,97 M. an Gemahregelte, 4570,— M. an Wöchnerinnen, 1047,05 M. für Rechtsschutz, 492,70 M. an Extrainterraktionen und 610,— M. an andere Gewerkschaften verausgabt. Insgesamt beziffert sich die Gesamtausgabe an Unterstützungen auf 151 605,62 M.

Mit diesen Leistungen kann eine Organisation mit Recht von sich sagen, daß sie nach jeder Richtung hin in der Lage ist, ihren Mitgliedern Schutz und Schirm zu bieten, und wenn sie, wie der Bericht es zeigt, auch noch ihrer vornehmsten Aufgabe gerecht wird, stets und ständig für die Hebung der Lebenshaltung ihrer Angehörigen mit Erfolg zu wirken, dann liegt in ihr der Kern für ihre kräftige Weiterentwicklung und ihr siegreiches Vordringen. Möge es unserem diesjährigen Verbandsparlament gelingen, auf dieser Basis weiter aufzubauen und Mittel und Wege zu finden, daß unsere kommenden Berichte stets nur von Aufstieg und Fortschritt Zeugnis ablegen können.

Eine große Gefahr für das Volksleben.

Von den Verehrern der Arbeiterinteressen ist stets auf die nachhaltigen schlimmen Folgen hingewiesen worden, die dem Volksleben aus der Zusammenfassung großer Massen in den großen Städten und Industriegebieten auf einen möglichst beschränkten Raum erwachsen müssen. Stehen doch die Volksmassen, die hohe Kindersterblichkeit, das Gerabgehen der Diensttauglichkeit, der Militärpflichtigen und andere soziale Krankheits-

erscheinungen im engsten Zusammenhang mit der Zusammenziehung großer Volksmassen durch die Industrie. Aber freilich, die Darlegung all dieser unhaltbaren Zustände durch die Wortführer der organisierten Arbeiterschaft wird von den Scharmachern geflissentlich als maßlose Entfesselung und Uebertreibung hingestellt — um der notwendigen Forderungen willen, die sich logisch an die Darlegung dieser unhaltbaren Zustände anschließen müssen. Denn es ist wohl leicht einzusehen, daß es die Arbeiterschaft nicht dabei bewenden lassen kann, die unsozialen Zustände aufzuzeigen, daß es vielmehr ihre heilige Pflicht ist, auf die Beseitigung der durch die kapitalistische Raubwirtschaft geschaffenen unsozialen Zustände zu dringen und hinzuarbeiten. Und es ist zugleich auch klar, daß die Arbeiterschaft, sobald sie erst einmal so recht die verheerenden Wirkungen der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise erkannt hat, sich nicht mit schönen Worten und billigen Wohlfahrtsversprechungen abgeben lassen kann. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als für die Hebung ihrer sozialen Lage zu kämpfen, sich zu organisieren. Und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter leisten der Sache des arbeitenden Volkes unschätzbare Dienste, indem sie den verheerenden Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes begegnen. Das aber ist den Scharmachern so arg auf die Nerven gefallen, das stört so ganz ihr seelisches Gleichgewicht und — ihre Profitmacherei. Darum ist alles, was von den organisierten Arbeitern ausgeht, Uebertreibung, Verheerung — und die Scharmacher werden darum auch nicht müde, die angeblichen Vorzüge der kapitalistischen Ordnung und den Wohlstand des arbeitenden Volkes zu loben und zu pfeifen.

Doch kommt es auch manchmal vor, daß man aus dem Munde einzelner Vertreter der herrschenden Wirtschaftsordnung anderes als Lobpreisungen der Lage des arbeitenden Volkes vernahmen kann — wenn es der Erhaltung ihrer Klassenprivilegien gerade dienlich sein könnte. So stellt ein Junker in der Kreuzzeitung die Frage: Was sind die Proletariermassen, die die Entwicklung der Industrie zusammengetrieben hat, im deutschen Volke? Und er antwortet: „Von der Maschine ist diese Volksschicht körperlich und geistig, gesellschaftlich und wirtschaftlich geschwächt, unselbständig, unlustig, zur Maschine gemacht!“ Und mit dieser Beantwortung seiner Frage glaubt der betreffende Artikelsschreiber der Kreuzzeitung die Machtfstellung seiner Klasse im Staate begründet zu haben. Gleichwohl gehört diese seine Klasse zu den ärgsten Feinden der freigewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, der Organisationen, die sich die Beseitigung solcher degenerierender Folgen der industriellen Entwicklung und der Maschine zur Aufgabe, zur Pflicht gemacht haben! Ist es aber nicht eine große Gefährdung des gesamten Volkslebens, wenn den freien Gewerkschaften der Kampf nach Besserung der sozialen Zustände von den Unternehmern, von den Behörden und Gerichten mit allen erdenklichen Mitteln erschwert wird? Ist es nicht eine große Gefährdung des ganzen Volkslebens, wenn die unsoziale Lage des arbeitenden Volkes den kapitalistischen Profitinteressen zuliebe in „allgemeinen Wohlstand der arbeitenden Schichten“ umgelogen und wenn der selbstsüchtige Widerstand der Unternehmer gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft durch Streikpostenverbot, Streikjustiz, Politisch-Erklärung und Arbeitswilligenschutz verschärft und unterstützt wird? Ganz gewiß ist es das und auch ein noch so harmlos erscheinendes Vorgehen gegen das Koalitionsrecht durch Streikjustiz und Arbeitswilligenschutz muß deshalb ganz unzweideutig gekennzeichnet und verurteilt werden. Das tun denn auch die Wortführer der organisierten und kämpfenden Arbeiterschaft immer und unermüdetlich, das tun auch einige wenige, ach so sehr wenige aufrechte und mutige Leute im Bürgertum. So hat kürzlich ein Pfarrer Dr. Ernst Lehmann in Mannheim auf die bisigen und demagogischen Angriffe der Scharmacher, die einem von ihm gehaltenen Vortrage über die Gefährdung des Koalitionsrechts folgten, in einem Artikel zu seiner Verteidigung eine nicht mißzu-

verstehende Antwort erteilt. In diesem Artikel sagt er, daß die Frage, ob die sogenannten Streikvergehen unerbittlich zahlreich seien, klipp und klar zu verneinen ist. Es würde so getan, als ob eine Zunahme der Streikvergehen zu verzeichnen sei, es würde dabei aber verschwiegen, daß die Arbeitswilligen systematisch veranlaßt werden, das kleinste Wortmüßnis als Beleidigung aufzufassen. Wer denkt hier nicht an die zahlreichen Gerichtsverhandlungen gegen arme „Streikjünger“, bei denen es sich herausstellte, daß sich die Arbeitswilligen gar nicht beleidigt gefühlt haben und die dann aber doch mit einer Verteilung endeten? Wer denkt dabei nicht an die Tatsache, daß in so unendlich zahlreichen Fällen Unternehmer und Polizei beteiligte Arbeiterinnen und Arbeiter demütigten und die Staatsanwaltschaft Strafantrag stellte, obwohl das alles gegen den Willen des angeblich beleidigten Arbeitswilligen erfolgte? Und dann fährt Pfarrer Dr. Ernst Lehmann in seinem Artikel fort: „Hinter der Forderung nach einem vermehrten Arbeitswilligenschutz steckt auch gar nicht das Verlangen nach Einschränkung einzelner Streikvergehen, sondern es steckt dahinter das Verlangen, die Arbeitszustände durch möglichst horrende Strafbestimmungen unmöglich zu machen und damit tatsächlich das Koalitionsrecht der Arbeiter ins Verborgene zu treiben. Alles andere ist nur Verschleierung. Darum aber liegt in der Forderung nach einem verstärkten Arbeitswilligenschutz eine so große Gefahr für unser ganzes Volksleben und ein Attentat — gegen die gesamte Arbeiterschaft, von der es denn auch mit Recht als ein solches empfunden wird.“

Würden durch noch schärfere Maßnahmen gegen die organisierte Arbeiterschaft die Arbeitskämpfe unmöglich gemacht, so würde unser gesamtes Volksleben einer großen Gefahr ausgesetzt sein: Die soziale Lage der arbeitenden Klassen müßte durch die fortgesetzten Lohnherabsetzungen, durch die uneingeschränkte Arbeitslosennot, durch das Fehlen der idealen Belegung und Betätigung der arbeitenden Klassen unsäglich tief herabgedrückt und verschlechtert werden. Aber glücklicherweise wird es den herrschenden Gewalten nicht gelingen, die Arbeitskämpfe aus der Welt zu schaffen, dafür sorgt schon die Ausbeutungs- und Profitgier des Kapitalismus. Es ist aber daraus zu ersehen, wie unendlich wichtig die Gewerkschaften für das arbeitende Volk, ja für das gesamte Volksleben geworden sind, wie sehr die Gestaltung der sozialen Verhältnisse mit den gewerkschaftlichen Maßnahmen und Kämpfen verbunden ist und wie bedeutungsvoll die Wirksamkeit der Gewerkschaften für die Hebung der gesamten sozialen Verhältnisse selbst ist. Wie anders würden denn auch die Arbeiterfeinde einen so großen Apparat gegen die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aufbieten, wenn es nicht so wäre!

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist sich denn auch der hohen sozialen Mission, zu der sie berufen ist, voll bewußt. Sie weiß auch, daß den vereinten Anstrengungen der unerbittlichen Arbeiterfeinde ein beharrliches Streben nach gerechten sozialen Zuständen, eine straffe Disziplin und ein unerlöschlicher Opfermut entgegenzusetzen werden muß, sollen alle reaktionären Anschläge der Gegner zunichte gemacht werden. Und sie werden zunichte werden, dafür bürgt die sieghafte Macht der Solidarität, des gewerkschaftlichen Organisationsgedankens.

Die Gewerkschaften und die Vertragsentwicklung.

Die auch von uns im Auszug wiedergegebenen vier Vorträge, die Dr. Einzelner in Frankfurt a. Main hielt, gaben dem Verfasser des nachstehenden Artikels Veranlassung, im „Korrespondenzblatt“ der so bedeutungsvollen Frage Stellung zu nehmen und auch uns den Nachdruck seines Artikels freundlich zu gestatten, wovon wir hier dankend Gebrauch machen. Wenn auch der Verfasser, z. B. als Buchdrucker und als Mitglied des Buchdruckerverbandes seine Meinung niedersagt, so ist doch auch für uns und unsere tariflichen Verhältnisse so viel Wertvolles in dem Artikel enthalten, so daß wir ihn dem eingehenden Studium aller unserer Leser empfehlen können. Die Redaktion.

Das Tarifvertragswesen hat sich, wie auch mit Recht von Dr. Einzelner betont wurde, zu

einem achtunggebietenden Faktor unseres Wirtschaftslebens entwickelt, und es wird wohl keine Gewerkschaftsorganisation geben, die diese Aufwärtsentwicklung wieder in das frühere Chaos der Guerillakriege zurückverdrängen möchte. Für die Mehrzahl der Zentralverbände ist aber das von den Buchdruckern erreichte Ziel der zentralen Tarifgemeinschaft noch in der Entwicklung begriffen. Sie alle haben noch manche Etappe zurückzulegen und noch viele Widerstände zu überwinden, ehe sie an der Stufe der unter gegebenen Verhältnissen höchstmöglichen Form unserer Tarifentwicklung anlangen werden.

Bei uns Buchdruckern lag das Verhältnis doch so, daß, als wir die Vorzüge des Vertrages erkannten und seinen Abschluß propagierten, die Einführung eine leichtere war, weil die Organisation des Unternehmertums noch nicht die Stärke aufzuweisen hatte als die Arbeitgeberorganisationen von heute. Als typisches Beispiel kann uns das Baugewerbe dienen, das im vorigen Jahre trotz langwieriger Verhandlungen und guter Kampfbereitschaft immer noch nicht die zentrale Tarifgemeinschaft durchzusetzen vermochte. Aber auch in den übrigen Gewerkschaften liegen die Dinge noch so, daß kaum die erste Etappe der Vertragsentwicklung erreicht ist; die meisten Betriebe müssen sich zurzeit noch mit Firmen- oder Ortsstarifen begnügen. Dieses bedeutet, wie ja auch in jenem Vortragskursus hervorgehoben wurde, eine starke Vergeudung menschlicher Arbeit und Fesselung vieler Personen für diese territorial zerrissenen Bewegungen, die, wäre die höchste Etappe bereits erreicht, andere Kulturarbeit verrichten könnten. Es kann auch für diese Behauptung die numerisch stärkste Zentralorganisation, der Metallarbeiterverband, herangezogen werden, in welchem wohl mehrere Tausend ihrer bestgeschulten Leute für Ein- und Durchführung der Firmen- und Ortsstarife gefesselt sind. Diese könnten, wären sie dieser Plänkelleien entledigt, für die Organisation als auch für die gesamte Arbeiterbewegung Hervorragendes auf anderen Gebieten leisten.

Der Tarifvertrag bedeutet für die Arbeiterschaft einen Fortschritt; wenn auch früher in starkem Maße, jetzt nur noch ab und zu gegenläufige Meinungen zum Durchbruch kommen. In Gewerkschaftskreisen herrscht jedenfalls die Meinung vor, einem Vertragsverhältnis mit gewissen demokratischen Kautelen der fortgesetzten Beurnbung durch Lohnbewegungen und Streiks den Vorzug zu geben.

Ich erwähnte, daß früher gegenteilige Meinungen die Strömungen in der Arbeiterbewegung beherrschten, während jetzt sich eine Wandlung vollzogen hat. Auch hierfür müssen wir eine Erklärung zu finden trachten, denn sie ist bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung der Vertragsidee und von nicht minderer Bedeutung für eine der Einzelmerkmale Hauptthesen: der gesetzlichen Regelung des Tarifvertrages:

Nach dem Falle des Sozialistengesetzes, als die Arbeiterbewegung sich neu beschwingte, können wir im ersten Jahrzehnt ein schnelles Tempo in der Organisationsentwicklung verfolgen. Die Statistiken der Generalkommission bilden hierfür den untrüglichen Wegweiser. Während die Arbeitgeberorganisationen sich noch im Embryozustande befanden, verfügten die Gewerkschaften schon über nennenswerte Streitkräfte, mittels derer es ermöglicht wurde, viele Lohnbewegungen und Streiks erfolgreich durchzuführen, und durch diese Erfolge konnten immer neue Anhänger den Gewerkschaften zugeführt werden. Diese Erfolge bildeten das Alarmsignal für das Unternehmertum, auch seinerseits an den Ausbau der Organisationen zu denken. Und siehe da, während weniger Jahre vermochten sie unter Anwendung aller möglichen erlaubten und nur für die Arbeiter unerlaubten Mittel, den Gewerkschaften gleichwertige Organisationen gegenüberzustellen. In dieser Periode des heiderseitigen Wettrüstens war es schon schwieriger, Lohnbewegungen und Streiks erfolgreich zu führen, da die Kräfte, die sich gegenüberstanden, mit jähem Widerständen ausgerüstet waren. Schlappen waren sowohl in diesem wie in jenem Lager zu registrieren. Immerhin hatten in der Regel all diese Kämpfe nur lokale Beheu-

tung und vermochten nur in geringem Maße die Öffentlichkeit zu interessieren.

Eine weitere Etappe in der Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen bildete dann ihr Zusammenschluß zu Zentralkörpern mit allen möglichen Sicherheitsventilen, wie Streitversicherung, Materialsperrern, Kriegsschäden usw. Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß die Führung selbst der kleinsten Lohnbewegungen nicht mehr den lokalen Organisationskörpern überlassen wurde, sondern die Zentralinstanzen bestimmten Norm und Taktik der Abwehr- oder Angriffsmaßnahmen. Diese Operation entthronte manchen kleinen, im örtlichen Wirkungsbereich begrenzten Scharfmacher seines Thrones, brachte aber viel gefährlichere Gegner ins Treffen.

In dieser Epoche haben die Gewerkschaften manchen Mißerfolg in ihren Bewegungen zu buchen. Die Bewegungen wurden immer schwieriger durchzuführen, die Kämpfe zogen sich sehr in die Länge und die Aufwendungen wuchsen zur unerschwinglichen Höhe. Die Kriegsmittel der Unternehmer flossen ergiebiger, aber nicht nur dies allein machte sie widerstandsfähig, sondern es erstanden ihnen auch in der Gesetzgebung und in den nachgeordneten Polizeiorganen Partner, die alle Schleißen ihres reaktionären Luns den Arbeiterorganisationen und ihrer Entwicklung entgegenführten. Die Zentralisation der Arbeitgeberverbände mit ihrem Stabe von Beamten und Syndikats erkann neue Kampfmittel, mittels derer man hoffte, die verhassten Gewerkschaften zu zerschmettern: die großzügig angelegten Aussperrungen.

Trotz gut vorbereiteter Kriegspläne und allerhöchstem Terror im Lager der Unternehmer vermochten die Gewerkschaften auf diese Draufgängertaktik wirksam zu parieren, wenn wir auch ehrlich genug sind, zuzugeben, daß die Opfer dieser Abwehrmaßnahmen ganz enorm waren. An die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaftsklassen und an die Opferwilligkeit der Arbeiterklasse mußten große Anforderungen gestellt werden. Die nie versiegende Quelle Solidarität war der Fels, an dem die größten Scharfmacher sich ihren eisernen Schädel zertrümmerten.

Während wir Buchdrucker eine derartige Entwicklung voraussehen und beizuteilen Mittel und Wege fanden, Anschläge der Gesetzgebung, der Reaktion und des Unternehmertums unschädlich zu machen, wurden andere Organisationen durch diese Maßnahmen in ihren Bewegungen und Entwicklungen gehemmt. Diese Tatsachen führten zur Populärisierung des Tarifgebantens und die Abneigung schwand mehr und mehr auch in den Kreisen, die zu den erbittertesten Gegnern der Tarifgemeinschaften gerechnet werden konnten. Für die Gewerkschaften war es also eine rein taktische Maßnahme, die Vertragseinführung zu forcieren, weil die fortgesetzt einander ablösenden Kämpfe eine ruhige Entwicklung der Organisationen behinderte. Die Statistik der Generalkommission über die Tarifverträge Deutschlands zeigt denn auch im letzten Jahrzehnt eine rapide Aufwärtsentwicklung, und ebenso ist die Zahl der unter Vertragsbedingungen arbeitenden Personen gewaltig angewachsen.

Anknüpfend an den Stand der Entwicklung behandelte Dr. Singheimer das Chaos unserer Gesetzgebung, welches die freiere Entfaltung des Tarifvertrags behindert, und verlangt von derselben Gesetzgebung Reglementierung, allerdings mit gewissen Kautelen. Dr. Singheimer weiß als Mann der Praxis, daß die derzeit am Ruder befindliche Regierung für soziale Gesetze keine Geneigtheit bekundet. Selbst bescheidene Ansätze zur Umgestaltung oder Erweiterung bereits bestehender Sozialgesetze scheitern, auch wenn der Wille der Regierung vorhanden ist, an den Widerständen der inneren Politik und rückständiger Parteien.

Daher empfiehlt Singheimer der Arbeiterschaft, aus eigener Kraft heraus einen Entwurf zur gesetzlichen Regelung des Tarifvertrags zu formen und die Macht der Verhältnisse auf die Öffentlichkeit wirken zu lassen. Durch Erörterung und Propaganda des Entwurfs würde dann allmählich der Boden für die Anerkennung durch die Gesetzgebung vorbereitet. Weiter müsse dann die Gewerkschaftsbewegung durch ihr Machtverhältnis

einen Druck auf die Öffentlichkeit ausüben und so Regierung und Gesetzgebung zwingen, den realen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

An sich recht gut. Die Vorschläge zeugen von einem warm schlagenden Herzen für die Arbeiterschaft, es fehlt ihnen nur der Rekonanzboden, auf dem sie verwirklicht werden könnten. Es sind Probleme, die gewiß wichtig genug sind, diskutiert zu werden, deren Lösung aber in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein dürfte.

Man kann mit Zug und Recht einwenden, sind denn nicht alle großen Umwälzungen zunächst Probleme gewesen, die den Köpfen einzelner entsprangen, nachher der Öffentlichkeit übermittelte wurden und später ganz von selbst sich durchzusetzen vermochten? Gewiß! Beweise hierfür haben wir ebenfalls in mannigfacher Art; aber immer sind reale Machtverhältnisse die Grundpfeiler gewesen, die die Durch- und Einführung solcher den Zeitverhältnissen angepaßter Probleme erzwingen oder zum mindesten erleichterten.

Es ist außerordentlich wichtig, darauf zu verweisen, daß an Hand der materialistischen Geschichtsauffassung wie in der Lage sind, festzustellen, daß jede Geschichtsepochen, jede wirtschaftliche Umwälzung, alle Umwandlungen in den Gesellschaftsklassen Machtverhältnissen entsprangen. Und nicht anders verhält es sich mit der Durchsetzung des Tarifvertrags und seiner weiteren Entwicklung: der gesetzlichen Anerkennung.

Die bisherigen Äußerungen zu den Singheimerschen Problemen lassen erkennen, daß sie aus taktischen Erwägungen heraus die Durchführung bezweifeln oder bekämpfen. Grundsätzliche Gegnerschaft ist Dr. Singheimer nicht erstanden. Seine Gedankengänge sind durchaus logisch und wären schließlich nicht zum Nachteile der Arbeiterschaft zu verwirklichen, wenn die Voraussetzungen, der gegebene Machtfaktor, bei den Arbeitgeberorganisationen vorhanden wäre.

Das ist aber nicht der Fall. Die Verhältnisse liegen zurzeit noch so, daß die Arbeiterklasse immer noch Objekt des öffentlichen Lebens ist. Wir empfinden dies bei jedem einzelnen Akte der Gesetzgebung, ja wir fühlen dies an jedem Nerv unserer schnelllebigen Zeit. Überall grinst uns mit schadenfroher Grimasse der Klassegegensatz entgegen. Das hindert natürlich nicht, solche Probleme eingehend zu studieren, und es ist nicht richtig, wenn gesagt wird, wir Gewerkschaften betreiben nur Gegenwartsarbeit und wären keine Zukunftsmusikanten. Unsere Kleinarbeit nimmt leider viel zu viel Kräfte unserer Besten in Anspruch. Sie vermögen unmöglich bei dem vielen Drum und Dran der Tagesarbeit wichtigen Problemen der Zukunft ihre Zeit zu widmen, und es ist gut, wenn auch einmal, wie von Dr. Singheimer gesehen, Nutzenstehende zu Lebensfragen der Arbeiterschaft Stellung nehmen. Es wird hierdurch der Boden vorbereitet, der das Samenkorn aufnehmen und zur Reife bringen soll.

Die gesetzliche Regelung oder Anerkennung des Tarifvertrags setzt meines Erachtens die Bedingung voraus, daß in den einzelnen Industrien geordnete und geregelte Verhältnisse vorhanden sind, oder daß der Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Gewerben unverkennbar ist. In einer von gewerblicher Anarchie durchsetzten Industrie vermag auch ein Gesetz keine Ordnung zu schaffen! Jeder Paragraph würde durch Indignität dieses oder jenes Unternehmers durchlöchert werden können.

Es müssen also zunächst die direkt Beteiligten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Ordnung im Hause schaffen, und es müssen ferner all die rückständigen Industrien, die noch unfugbare Lebensverhältnisse aufweisen, auf ein höheres wirtschaftliches Niveau gehoben werden. Erst dann wäre der Zeitpunkt gegeben, wo die Gesetzgebung einzusetzen vermöchte. Vermöchte, betone ich ausdrücklich, weil, selbst wenn die Entwicklung so weit vorwärts gediehen wäre, noch nicht feststände, ob die jeweils am Ruder befindliche Regierung oder Parlamentsmehrheit den Willen hätte. Denn solange in dem freien Spiele der wirtschaftlichen Kräfte die Arbeiter kein Übergewicht über ihre Gegenpartner erringen haben, wird keine Regierung oder sonstige Macht den

gordischen Knoten unserer verkehrten Wirtschaftsordnung zerfägen. Die heutige Wirtschaftsordnung mit ihren für die Arbeiter so listraurigen Begleiterscheinungen, die ja schon öfters im „Korr.“ eingehend erörtert wurden, ist ein Ausdruck des tatsächlichen Machtverhältnisses. Sie ist zugeschnitten auf die Interessen des Kapitals oder, mit anderen Worten, der vorstehenden Klasse. Sie bildet und formt den Staat, der ihre Interessen vertritt und das Schicksal der übrigen Staatsangehörigen dem Zufall überläßt.

Weil wir diese Erkenntnis haben, besteht zurzeit keine Hoffnung, für die wirtschaftlich Schwächeren wichtige Positionen erringen zu können. In jeder Legislaturperiode des Reichstags und der Landtage wird uns dieses Erkennen immer deutlicher eingepaukt. Man vergleiche die sozialen Abhandlungen unserer Redaktion hierzu und man wird finden, daß Fortschritte für die Arbeiterklasse überhaupt nicht zu buchen, sondern destruktive Tendenzen am Werke sind, den Aufstieg der Arbeiter zu behindern und Bestehendes zu verschlechtern.

Daher haben auch prominente Gewerkschaftsführer die Probleme Singheimers zurzeit für nicht durchführbar und auch nicht erwünscht erklärt. Diese Meinung ist in Anbetracht der geschilderten Verhältnisse nicht zu ignorieren. Die Arbeiterschaft hat aber besonnen geachtet die Pflicht, unerlässlich auf Mittel zu sinnen, Terrain gewinnen zu können.

Also diskutieren wir die Frage eingehend auch in den Versammlungen, sie ist eminent wichtig für unsere Mitglieder und für unsere Organisation. Mein Resümee zur behandelten Frage ist dahin zusammenzufassen, daß, solange sich die Anzahl der zentralen Tarifgemeinschaften nicht beträchtlich vermehrt hat und die Gewerkschaften nicht bedeutend mehr Einfluß auf das öffentliche Leben errungen haben, eine gesetzliche Regelung weder durchführbar noch erwünscht wäre. Ein freies, auf der Entwicklungsbasis beruhendes Tarifgesetz ist von der Gesetzgebung zurzeit nicht zu erwarten. Die Geschichte lehrt, und nicht nur die der letzten Jahre, daß die reaktionären Kräfte im Reich immer noch die Macht haben, Regierung und Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen, und daß es ihnen gar nicht in den Sinn kommt, eine Politik der Aufassung an Entwicklung und öffentliche Meinung zu treiben.

Was würde das wohl für ein Tarifgesetz werden, das von der Mehrheit des Reichstags — oder des preussischen Landtags. — sein Stigma erhält! Es würde hier gehen, wie bei allen andern gesetzgeberischen Aktionen. Man erinnere sich des Vereins- und Versammlungsrechts, der Reichsversicherungsordnung usw. Die weitere Entwicklung des Rechts zum Tarifvertrage wird auch hier durch Kautschutparagrafen zu verhindern versucht werden. Letzten Endes ist ja auch selbst die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags eine Machtfrage, und keinem Unternehmer, keiner Parlamentsmehrheit und keiner von dieser gestützten Regierung wird es einfallen, auch nur einen Fuß breit ihres Terrains gutwillig der Arbeiterschaft abzutreten.

Es ist unter obwaltenden Verhältnissen auch viel besser, Ellenbogenfreiheit bei Vertragsabschlüssen zu besitzen, als diese durch Zwangsgesetze eingengt zu sehen. Die Gewerkschaften müssen durch planmäßige Arbeit und richtige Erziehungsmethoden allmählich den Boden vorbereiten, der ihnen ein in ihrem Interesse gelegenes Tarifgesetz zu garantieren vermag. Sind diese Vorbereitungen erfüllt, kann ein Tarifgesetz der Arbeiterschaft von großem Nutzen sein, während umgekehrt daraus Fuhangeln entstehen könnten.

Im Zusammenhange hiermit muß aber noch eine andere Frage erörtert werden. Die Tarifgemeinschaft unseres Gewerbes hat nicht nur uns, sondern den gesamten Gewerbeangehörigen Vorteile gebracht. Es ist nützlich, an dieser Stelle darüber streiten zu wollen, welcher der Vertragspartner die größte Nutzenziehung aus dem Vertragsverhältnisse zieht. Ich will einige Schäden innerhalb unserer Organisation zur öffentlichen Diskussion stellen, weil sie meiner Ueber-

zeugung nach von der Tarifgemeinschaft stark beeinflusst werden. Die Erfahrung ist immer noch die beste Lehrmeisterin gewesen, und meine Erfahrungen belehren mich, daß lange Friedensperioden für die Partner Gefahrenquellen in sich bergen, die unter Umständen die Organisation der Arbeiter in bedenkliche Situationen bringen können. Da andere Organisationen demselben Ziele zustreben, welches wir bereits im Vertragswesen erreicht, hat diese Frage auch für sie gehobenes Interesse.

Wir können nicht nur im „Korr.“, sondern auch in den übrigen Gewerkschaftsorganen ein fortwährendes Lamento über schlechten Versammlungsbesuch und Interesselosigkeit der Mitglieder wahrnehmen. Die vielen wohlgemeinten Vorschläge haben noch nicht vermocht, genügende Besserung herbeizuführen. Es bestärkt sich hierdurch meine Ansicht, daß die Gefahren, die hieraus erwachsen, nicht zu unterschätzen sind. Nur hier und da, wenn besonders wichtige, tiefschneidende Fragen zur Erörterung stehen, wird die Züpfelmuße von den Ohren gezogen. In Mitgliederreisen hört man allgemeyn, unsere Beamten erlebigen schon alles.

Gewiß sprechen bei diesem Uebelstand auch wirtschaftliche Gründe mit; die Wohnungsnot, Familienverhältnisse usw. sind Faktoren, die bei einem abschließenden Urteile nicht außer Ansatz gelassen werden dürfen. Aber immerhin geht man nicht fehl, wenn die Tarifentwicklung für die Zunahme dieser Erscheinungen mit zur Verantwortung gezogen wird. Wenn z. B. eine Organisation 10, 15 und 20 Jahre hindurch keine Lohnkämpfe auszufechten gehabt, sondern ihre ganze Betätigung im Ausbau der Organisation aufging, dann ist erklärlich, daß diese Friedensperioden Rückwirkungen auf den Kreis der Mitglieder zurücklassen. Den Geist einer Truppe beeinträchtigt Verlauf und Ausgang eines Kampfes! Jede Organisation muß damit rechnen, selbst wenn ihr Tarifvertragswesen bereits die zurzeit höchstmögliche Stufe erklimmen hat, wieder einer Kampfperiode entgegenzugehen. So weisen auch alle Anzeichen unseres Gewerbes darauf hin, daß die nächsten Jahre uns vor sehr ernste Zeiten stellen können.

Die rapide technische Entwicklung birgt außerordentlich leicht zündbaren Explosivstoff, der schon bei verschiedenen Gelegenheiten sich zu entladen drohte. Es drängt sich da die Frage in den Vordergrund: Vermag eine Organisation, die eine zwanzigjährige Friedensperiode durchlebt, allen Stürmen heutiger Wirtschaftskämpfe Trotz zu bieten? In früheren Jahren, als Lohnkämpfe und Streiks auf der Tagesordnung standen, war ein anderer Geist in die einzelnen Phasen des Kampfes hineingerissen. Je schwieriger die Kämpfe, desto stärker bekundete sich das Solidaritätsgefühl. Es wurde eine Kampfstimmung erzeugt, die um so höher stieg, je größer die zu überwindenden Widerstände waren. Aus dieser Stimmung heraus sog die Organisation neuen Odem, der sie befähigte, zäh und ausdauernd allen Stürmen zu trotzen. Es ist unsreitbar, daß in dieser Kampfperiode die Gewerkschaften und mit ihnen die gesamte Arbeiterbewegung groß und stark geworden sind. Aber die finanziell bestfundierte, die im Prozentfasse der Organisationszugehörigkeit am höchsten entwickelte Organisation wäre unter Umständen zur Ohnmacht verurteilt, wenn kein Verlaß auf die Mitglieder selbst ist.

Es kann hier eingewendet werden, daß in den heutigen Wirtschaftskämpfen nicht allein die Truppe ausschlaggebend ist, sondern daß die moderne Zeit auch in den Wirtschaftskämpfen andere Faktoren, andere Kriegsmittel gebat. Gewiß! In den vorbereitenden Operationen, auch in den ersten Phasen des Kampfes werden die „Massen“ nicht aktiv benötigt. Sie haben erst in Tätigkeit zu treten, wenn alle Diplomatie zu keinem befriedigenden Ergebnis führte.

Soll aber von vornherein die Gewähr eines Sieges einigermaßen gegeben sein, muß der Auf-

marsch ein dem Partner imponierender sein. Und nicht nur diesem allein, auch noch den zunächst „Gewehr bei Fuß“ stehenden Hilfskräften muß Eindruck gemacht werden.

Die moderne Kriegstechnik des Wirtschaftslebens stellt an die in Betracht kommenden Organisationen und Mitglieder eine ganze Reihe äußerst wichtiger Erfordernisse, die wir hier nicht erörtern können.

Notwendig ist vor allem, den Geist der Truppe zu schulen, weil er die Vorbedingung aller andern Maßnahmen ist. Und hier haben alle Kräfte zur Erlangung dieses Zieles einzusetzen. Es soll dies kein Vorwurf gegen unsern „Korr.“ oder gegen den Verbandsvorstand sein. Sie tun, was in ihren Kräften steht. Die Redaktionskollegen leisten sogar in höchstem Maße Beachtenswertes. Das Schwergewicht unserer Erziehungsmethode muß aber in die Versammlungen gelegt werden. Ein gesprochenes Wort findet mehr Anklang und wurzelt auch fester.

Um das Uebel der Interessenlosigkeit auszumerzen, gehe man zunächst dazu über, Drucker- und Versammlungen einzubereichern, lasse auch in diesen Vorträge aktuellen Inhalts halten und versuche hierbei, die Mitglieder an ihre Pflichten den Zeitströmungen gegenüber zu erinnern. Hiernach setze man dieses Werk in den Mitgliederversammlungen ohne Unterlaß fort und führe eine Kontrolle über den Versammlungsbesuch ein. In jeder Drucker- und Versammlung sollen einzelne Kollegen sein, die Interesse am Organisationsleben bekunden; diese suche man zu verpflichten, ihren Einfluß auf die Säumigen und Launen auszuüben.

Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn diese planmäßige, stete Arbeit keine Früchte trägt. Für die Großstädte wäre eine Dezentralisation im Versammlungswesen nach dem Berliner Muster zu empfehlen. Den mangelhaften Wohnverhältnissen müssen auch die Gewerkschaften in ihren Maßnahmen sich anpassen.

Der allzu streng gehandhabte Neutralitätsstandpunkt hat ja einer freieren und dennoch korrekteren Auffassung weichen müssen. Die Regierung lehrt sich aber an nichts und geht in der Bekämpfung der freien Gewerkschaften in letzter Zeit aufs Ganze. Wenn die Verschiebung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse die Tarifentwicklung für die Gewerkschaften bedingte und eine Forcierung der Vertragsabschlüsse notwendig machte, so darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Geist der Mitglieder stets neu belebt und angefaßt werden muß. Es liegt durchaus im Sinne der modernen Arbeiterbewegung, wenn das Interesse der Mitglieder der verschiedenen Berufsorganisationen für Fragen des öffentlichen Lebens mehr wach gehalten wird. Die letzten Wochen lehren ja zur Genüge, daß die Gewerkschaften trotz Wahrung der Neutralität doch für politisch erklärt werden sollen, und daß die Behörden in steigendem Maße versuchen, ihnen Schwierigkeiten zu bereiten. Ein verschärftes Strafgesetzbuch kann in einiger Zeit eklatante Beweise hierfür erbringen.

Drum setzen wir schon jetzt alle Hebel in Bewegung, mehr Leben, pulsierendes Leben, auf die Mitglieder zu übertragen, und versuchen wir sie zu befähigen, den Segnern ringsum den Wind aus den Segeln zu nehmen. Damit dienen wir unserer Zeit, der Tarifgemeinschaft, damit dienen wir aber auch der weltlichen Entwicklung des Tarifgedankens im Sitzbalmerschen Sinn. Und ferner beackern wir den Boden, auf dem die schweren Kämpfe der nächsten Jahre ausgefochten werden müssen.

Kein Himmel kann das Heil dir senden,
Es fällt aus keines Gottes Schoß,
Die Menschheit muß mit eignen Händen,
Erlämpfen sich ein bess'res Loß.
Frankfurt a. M. Herm. Salomon.

Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im April 1914. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ hat die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im April d. J. eine weitere leichte Besserung aufzuweisen, die jedoch in der Haupt-

sache nur bei einigen Saisongewerben Platz ge-griffen hat, während wichtigere andere Gewerbe keinerlei Belebung, zum Teil sogar einen Rückgang zu verzeichnen haben. Besonders die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden lauten weniger günstig als im vorigen Monat und all-gemein ungünstiger als im April 1913. Auffallen oft wird über schlechte Preise und Mangel an Aufträgen. Der Ruhrkohlenmarkt zeigte ein etwas zufriedenerstellendes Bild, während in Ober- und Niederschlesien die Marktlage im Kohlenabsatz weniger günstig blieb. Nohelisen- und Stahlzeugung erfuhr einen kleinen Rückgang, ebenso die Kalkindustrie; auch die Metall- und Maschinenindustrie hatten einen geringeren Beschäftigungsgrad und von der Textil-, Holz-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie wird das gleiche berichtet. Im Nahrungsgewerbe ergab sich jedoch der Jahreszeit entsprechend ein kräftiger Aufschwung. Ueber das Buchdruckgewerbe werden folgende Angaben gemacht: „Die Buchdruckereien Leipzigs hatten unzureichende Beschäftigung, die sogar schlechter als im Vormonat war. Von 358 beim Arbeitsnachweis angemeldeten Sezern er-hielten 157 Beschäftigung, von 142 Druckern 59. Bezüglich der Abgereiften und Erkrankten blieben am Schlusse des Monats 171 Sezer und 73 Drucker arbeitslos gegen 117 Sezer und 52 Drucker im Vormonat und 200 Sezer und 76 Drucker im April des Vorjahres. Auch bei den Berliner Drucker- und Verlagsbetrieben hat sich die Beschäftigung der Betriebe im Vergleich zum Vormonat etwas verringert, war aber noch besser als im April 1913. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich gegen den Vormonat erheblich vergrößert, im Durchschnitt betrug sie wöchentlich 525 (367 Sezer und 158 Maschinenmeister) gegen 462 im Vormonat. Durch den gemeinsamen Arbeitsnachweis wurden wöchentlich durchschnittlich 66 Sezer und 57 Maschinenmeister in Stellung gebracht, 26 Sezer und 11 Maschinenmeister fanden im freien Verkehr Arbeit. Die Stuttgarter Drucker- und Verlagsbetriebe waren gut beschäftigt, dagegen ist der Geschäftsgang in Frankfurt a. M. verhältnismäßig schwach. Das gleiche gilt von Dresden.“ — Bei den Arbeitsnachweisen stelen auf je 100 offene Stellen 161 Arbeitsgesuche männlicher Personen gegen 173 im März d. J. und 160 im April 1913; bei den weiblichen Personen erhöhte sich die Zahl der Arbeitsuchenden von 92 auf 100 offene Stellen im März d. J. auf 94 gegen 96 im April 1913. — In den Krankentafeln erhöhte sich die Zahl der Versicherten im Laufe des April um 3,7 Proz., woran beide Geschlechter in gleichem Verhältnisse beteiligt waren.

Ausland. Von dem raschen Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten legt auch der jechten vom Arbeitsamte des Staates New York aegebene Bericht Zeugnis ab. Danach stieg die Gesamtmitaliederzahl der Gewerkschaften dieses Landes von 526 672 auf 665 248, also um 26,3 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitalieder beträgt 37 170. Die Gesamtzahl der Mitalieder verteilt sich auf 2644 Organisationsstellen.

Abrechnungen.

Das erste Quartal 1914 haben in dieser Woche abgerechnet:

G a u 6: Grimmitzschau 36.29, Gotha 22.02 M.

G a u 10: Hamburg 1430.94 M.

S. L o b a h l.

Zum Besuch der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik, Leipzig 1914.

Die Leipziger Mitaliederschaft hat einen Führungs- und Wohnungs-Ausschuß ernannt, um allen zureisenden Verbandsmitaliedern in kollektialer Weise zu Diensten zu stehen.

Kollegentreife von wenigstens 30 Teilnehmern an mögen sich mindestens drei Wochen vor dem beabsichtigten Besuch bei dem Unterzeichneten anmelden.

Für die Zeit des Verbandstages, vom 5. bis 11. Juli, ebenso am Sonntag, den 23. August, sind beide Kommissionen anderweitig in Anspruch genommen.

Der Vorstand.

J. A.: Otto Schulze, Leipzig, Lauchaerstr. 19/21.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 22.

Berlin, den 30. Mai 1914.

20. Jahrgang.

Natur und Geist.

(Zum Pfingstfest.)

Natur und Geist — das sind die beiden Begriffe, die sich besonders innig in unserer Auffassung der Pfingstfeier vereinen. Nie lacht uns Natur mit so starkem Zauber als zum Feste der Blüten, nie auch tönt das Wort Geist so häufig und hartnäckig an unser Ohr, als eben zu diesen Feiertagen.

Die alte, unausrottbare Sehnsucht der Menschen nach einem wogenden Lehrenfeld, nach einer blühenden Wiese, nach einem schattigen, duftenden Wald, nach Luft und Licht, nach Sonne und glitzernden Wasserwellen, nach Erdgeruch und Vogelgesang ist gleichsam verkörpert in dem Worte Pfingsten. Und was den Geist anlangt, so tönt noch aus unseren Kindertagen her die Sage der Apostelgeschichte von der Ausgießung des heiligen Geistes, „da sie mit feurigen Zungen redeten“ und eine weiße Taube vom Himmel herabgeschwebt kam, der Menschheit die große Erleuchtung zu bringen.

Das ist wundervoll poetisch, wie denn Pfingsten überhaupt ein poetisches Fest ist. Ein romantisches Leuchten liegt über ihm ausgebreitet; denn es verneint wie kein anderes den grauen Alltag der Wirklichkeit und lieblich und verheißend klingt in ihm das Lied vom gelobten Lande, in dem sorgloser Frohsinn und die helle Heterkeit des Geistes zu Hause sind. Es ist Sonne in dem Wort, Licht und Blüten.

Und das ist es ja im Grunde, wonach wir uns sehnen, worum wir arbeiten, worum wir leben!

An dieser Tatsache ändert auch der leidige Umstand nichts, daß der größte Teil der Menschheit sich in brüderlicher Sorge um seine elementarsten Lebensbedürfnisse verzehrt; daß Zehntaufende schon zufrieden wären, wenn ihnen nur die nackteste Not des Leibes vom Halbe bliebe; denn die Ansicht, daß der Mensch nur zum Schaffen geboren sei, ist die Ansicht von Tyrannen und Knechten; ist ein Ueberrest aus jenen Tagen, da man es für selbstverständlich hielt, daß es zwei Klassen — eine mit Sporen, eine mit Sätteln — geben müsse, und hierin gewissermaßen ein Naturgesetz sah.

Etwas weiter sind wir ja doch schon gekommen: die Gleichheit der Menschen ist anerkannt — theoretisch vorerst. In der Praxis allerdings sieht es anders aus. Nicht nur die Herrschenden, sondern auch der größte Teil des Bürgertums meinen, daß der Arbeiter eben nur zur Arbeit da sei, allenfalls noch zum Steuerzahlen und zur Verteidigung des Vaterlandes, und daß es eine ziemliche Unverschämtheit sei, wenn der werterfassende Teil des Volkes außer nach Brot auch nach Lebensgenuß verlange.

Niemand wundert sich darüber, wenn jene geborenen Müßiggänger, die mit einem gefüllten Gelbfack auf die Welt gekommen sind, auf der Jagd nach immer neuen (und mitunter recht zweifelhaften) Genüssen sind; keinem fällt es ein, diesen Goldbagnabenden ihr Herrenleben zu verbüßeln. Sie haben es ja dazu! Und sie brauchen weder Hand noch Kopf zu rühren, weil ja das Geld für sie „arbeitet“. Sie streuen die Frucht dieser „Arbeit“ mit vollen Händen aus; denn sie wächst „von selber“ wieder. Ja, von selber!

Und selbst jene Kreise, die nicht dauernd im Müßiggang verharren, die großen Kaufleute etwa, Industrielle, wohlhabende Akademiker usw., räumen dem Genußleben ihrer Familien einen immer größeren Umfang ein. Was hier jährlich für Luxus und Vergnügungsreisen verpulvert wird, dürfte zuweilen ausreichen, ein Duzend Arbeiterfamilien zu ernähren. Aber man muß im Winter auf irgendeinem Sportplatz im Gebirge sein, und

der Frühling fordert gebieterisch eine Reise nach der Riviera, nach Italien oder wer weiß wohin.

Noch ausgebehnter sind die Gesellschaftskreise, die zu Pfingsten lebhaft mit ihrer „Flucht in die Natur“ beschäftigt sind. Wenn nicht mit der Ausföhrung, dann mit der Vorbereitung. Im Sommer muß man sich natürlich von den Strapazen des Winters erholen, die allerdings sehr verschiedene Art gewesen sein können. Der eine muß die winterlichen Diners und sonstigen Amüsements, der andere die Anstrengungen von Kopf oder Hand verdauen.

Der moderne Arbeiter ist gewiß der letzte, der irgendeinem nützlichen Mitgliede der menschlichen Gesellschaft seine Erholung mißgönnt — im Gegenteil: er fordert sie für alle. Es ist ja gerade das Wesen unserer neuzeitlichen Auffassung, daß dem Schaffenden auch der Genuß gebühre. Aber wir wünschen und fordern die Ausdehnung der Erholung auf die Gesamtheit!

Und da steht eben in unseren Wünschen der Naturgenuß obenan! Uns reizen nicht Schneepfendred und Aukstern, und die Spielfäle von Monte Carlo und Ostende könnten unsertwegen schliefen. Es ist uns nicht darum zu tun, glanzvolle Toiletten auf der Strandpromenade von Rorderney oder im Kurpark von Wiesbaden spazieren zu führen und tonangebende Halbwelttdamen in ihren exzentrischen Kostümen zu bewundern. Aber darum ist es uns zu tun: sorgenlos auszuruhen und aus dem Kaufen der Felder und Wälder, aus dem Grünen und Blühen der Wiesen und dem Singen der Meereswellen neue Kraft und Gesundheit zu schöpfen, neuen Frohsinn heimzubringen, neues Licht in das Grau unserer Plage, neuen, frischen Mut in den immerwährenden Kampf um das Dasein.

Denn die Natur ist und bleibt die große Erneuerin, die ewig junge Schöpferin, aus der letzten Endes alles Werden fließt. Wir auch sind ein Teil von ihr, und wer wollte sich ihren unabänderlichen Gesetzen entziehen?

Der vor einigen Monaten verstorbene englische Sozialist und berühmte Naturforscher Alfred Russel Wallace hat es einmal bitter beklagt, daß trotz unserer erstaunlichen Fortschritte in den Wissenschaften „unser System der Regierung und unsere ganze soziale und moralische Organisation in einem Zustand der Barbarei“ verharre. Dieser vortreffliche Satz bewahrheitet sich glänzend auch bei unserem heutigen Thema: Die Wissenschaft ist sich längst darüber einig, daß den gesundheitlichen Schäden, welche unsere kapitalistische Produktionsweise verursacht, auch ein gesteigertes Maß an Vorbeugungs- und Heilmitteln entgegengestellt werden müsse. Und für den Volkswirtschaftler kann es doch wohl keinen Zweifel geben, daß die werterfassende Kraft eines Volkes sich immer wieder erneuern und kräftigen muß an den Quellen der Kraft und Gesundheit: der Natur. Aber unsere barbarische soziale Organisation kümmert sich den Teufel um Erkenntnis und Vernunft! Sie läßt die Drohnen sich in Sonne und Müßiggang baden und verdammt in blöder Kurzsichtigkeit die Arbeitsdienen zu Dünkel und nie abbreitender Plage. So will es der „heilige Geist“ des Kapitalismus.

Aber wir wollen es nicht. Und trotz allem wird der gesunde Gedanke, daß dem Schaffenden Erholung und ausgiebiger Naturgenuß gebühre, sich nicht mehr töten lassen. Ansätze zu seiner Verwirklichung sind da. Es gibt schon — wenn auch noch selten und unzureichend — Arbeiterferien mit Lohnfortzahlung. Schon werden gemeinsame Gewerkschaftsfahrten nach landschaftlich oder sonstwie interessanten Orten veranstaltet, ja, eine ganz moderne Arbeiterorganisation versucht es schon mit Luftschiffahrten. Alles noch Anfänge — gewiß. Aber Anfänge, die eine große, entwid-

lungsfähige Idee in sich bergen: den Arbeitenden zu Naturgenuß und geistiger Weiterentwicklung zu verhelfen. Diese Idee wird in und mit der Arbeiterbewegung wachsen, sobald sich ihrer der Geist der Masse kraftvoll bemächtigt hat.

Denn der Geist unserer Bewegung ist ein rechter Pfingstgeist: er redet mit feurigen Zungen. Und hätte er je ein Unmöglich genannt, wenn es sich um die Verwirklichung eines gesunden und vernünftigen Zieles handelte? Hätte er es, er wäre nicht das, was er geworden ist!

Der Pfingstgeist der kämpfenden Arbeiterschaft ist der zeitgeborene Geist der Entwicklung. Und als solcher ein Magnet, der alles an sich zieht, was gut und im Werden ist, alles, was hinaus will aus der Barbarei unserer Lage empor zu sonnigeren Zeiten.

Den trägen Gang der Dinge überall zu beschleunigen, ist die Tendenz unseres Schaffens, das als höchstes Ziel die Vereinigung von Natur und Geist erstrebt.

Natur — nicht nur in dem engeren Sinne, der heute gestreift wurde — sondern in dem univervellen Sinne, der alles natürliche Geschehen umfaßt. Wir wollen nicht zurück zum Naturzustande der Menschheit, aber zur Natur, zur freien, starken Natur, die heute geknechtet und unterdrückt, verbogen und gebrochen wird von den sozialen Verhältnissen, wollen aufrechte, aufrichtige, natürliche Menschen mit einem Geist, der ebensowohl kräftig wie gut, stark wie human ist; der als den Sinn und Zweck des Lebens die Aufwärtsentwicklung der Gesamtheit begreift und somit die gegenseitige Durchdringung von Natur und Kultur erstrebt, die sich heute allzu oft als Gegensätze offenbaren.

Das Ziel ist hoch, das Ziel ist weit.

Aber wer mit offenen Augen durch dieses Dasein geht, der sieht doch aller Enden die Umbildung der Dinge. Er sieht auch, wie die Besitzenden immer mehr im öbsten Materialismus versinken, in oberflächlichem Genuß aufgehen, sieht ihre „Kunst“ in Ideenlosigkeit und Possenhaftigkeit ausarten, ja, selbst ihr Sumor wird verzerrt und höße — und sieht darin eben ein Verwelken und Absterben. Die ehernen Naturgesetze des Werdens und Vergehens machen nicht halt vor menschlichen Zuständen und Einrichtungen. Wenn diese ihre Zeit erfüllt haben, fallen sie, wie verdorrte Blätter fallen müssen.

Und von unten herauf drängt die ewig junge und alles verjüngende Kraft eines neuen Geschlechtes, das besetzt ist von dem schöpferischen Geiste der Arbeit und von jenem Idealismus, gestählt in Kampf und Daseinseroberung, der sich die Welt von neuem bildet.

Pfingstgeist!

Er erfülle uns alle und rede mit feurigen Zungen, auf daß die Blinden sehend werden und den Willenlosen ein Wille erwachse!

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Vom 4. bis 6. Mai fand in Berlin wiederum eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften statt, die sich in der Hauptsache mit der Tagesordnung des diesjährigen Gewerkschaftstongresses in München und den hierzu gestellten Anträgen und Vorlagen beschäftigte. An erster Stelle wurde über das ungarbeitete Regularium für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands beraten, das in vier Abschnitten die allgemeinen Bestimmungen für das Zusammenwirken, die Erledigung von Grenzstreitigkeiten, die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen und die Gewerkschaftstabelle behandelt. Die allgemeinen Bestimmungen enthalten gemäß dem seitherigen

Regulativ für die Generalkommission (vergl. Beschluß des Stuttgarter Kongresses 1902) die Leitfäden über die gemeinsamen Zwecke der Gewerkschaften, über die gemeinsamen Organe (Generalkommission, Vorstandskonferenzen und Gewerkschaftskongresse), sowie die Bedingungen der Beteiligung, die besonderen Aufgaben und Regeln der Generalkommission, der Vorstandskonferenzen und Kongresse. Hervorzuheben ist hierbei die Befreiung des Gewerkschaftsausschusses, dessen Funktionen auf die halbjährlich stattfindenden Vorstandskonferenzen übergehen, die Aufgabe der Generalkommission, die Errichtung von Bezirkssekretariaten zu fördern und die Erhöhung des Jahresbeitrages an die Generalkommission von 16 auf 20 Pf. In den Bestimmungen über die Erledigung von Grenzstreitigkeiten wird die vom Hamburger Kongreß (1908) beschlossene Resolution erweitert durch die Einfügung schiedsgerichtlicher Erledigung für solche Streitigkeiten über die Abgrenzung von Organisationsgebieten, aus deren Weiterdauer sich ernste Störungen des Zusammenwirkens der Gewerkschaften ergeben. Das Schiedsgericht wird aus je drei von den streitenden Parteien gewählten unbeteiligten Gewerkschaftsvertretern und einem von diesen gewählten Vorsitzenden gebildet. Sein Spruch ist endgültig und bindend.

Der Abschnitt über die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen gibt die Grundzüge der hierauf bezüglichen Kölner Resolution (1905) wieder, ergänzt durch die Einführung des Umlageverfahrens an Stelle der freiwilligen Unterstützungen und Sammlungen, sowie die für die Durchführung erforderlichen Vorschriften.

In den Bestimmungen über die Gewerkschaftskartelle sind die Leitfäden des Kölner Kongresses (1905), ergänzt durch die auf die Kartelle bezüglichen Vorschriften der Hamburger Boykottresolution, wiedergegeben.

Die Zusammenfassung aller dieser, das Zusammenwirken der Gewerkschaften regelnden Leitfäden hat sich seit langem als zweckmäßig erwiesen.

Die schiedsgerichtliche Erledigung eines Grenzstreites zwischen den Verbänden der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Transportarbeiter hat im Organ des letzteren Verbandes eine Kritik erfahren, die das Schiedsgericht herabsetzt und die Anerkennung des Schiedsspruches gefährdet. Die Vorstandskonferenz sprach über diese Polemik ihr tiefstes Bedauern aus und wies die Angriffe auf das Schiedsgericht einmütig zurück.

In eingehender Weise wurde sodann zu der Politischerklärung einer Reihe von Gewerkschaften durch preussische Polizeibehörden und Gerichte Stellung genommen. Dabei kam allenthalben die Meinung zum Ausdruck, daß nur gegen die freien Gewerkschaften solche Maßregeln verhängt würden, obwohl die Wirksamkeit anderer Gewerkschaftsrichtungen und besonders auch der Arbeitgeberverbände in weit höherem Maße als politisch betrachtet werden müsse. Es herrschte darin Uebereinstimmung, daß die Abwehr dieser Polizeiwillkür die Beschaffung und Veröffentlichung von Materialien über die politische Tätigkeit solcher Organisationen erforderlich mache, um eine gerechte Handhabung der Gesetze und Sicherung gegen willkürliche Auslegungen des Vereinsgesetzes herbeizuführen. Aus Anlaß der Bestimmungen des Verbandes deutscher Arbeitssachverständigen, daß Arbeitsvermittlungswesen in unparteiischem, bürokratischem Geiste zu reorganisieren, die gewerkschaftlichen und paritätischen Sacharbeitsnachweise auszuscheiden und eine gewerkschaftsfeindliche Zwangsregelgebung auf diesem Gebiete vorzubereiten, wurde beschlossen, diese Angelegenheit als besonderen Tagesordnungspunkt auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß zu behandeln.

Im weiteren wurde über die Regelung des gewerkschaftlichen Selbstverkehrs, mit besonderer Berücksichtigung der Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, über die Frage der Errichtung von Produktivgenossenschaften und über einige andere gewerkschaftliche Angelegenheiten verhandelt.

Korrespondenzen.

Dresden. In der am 19. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung, welche gut besucht war, wurde zunächst das Ableben der verstorbenen Kollegin Bertha Fiedert in üblicher Weise geehrt. Hierauf gab Kollege Franz Herrmann den Bericht vom ersten Quartal 1914. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 3718,80 Mk., die Ausgaben 2413,85 Mk., so daß ein Ueberschuß von 1304,95 Mk. abgeführt werden konnte. 84 Personen waren 1285 Tage arbeitslos und wurden mit 959,35 Mk. unterstützt. An 93 Mitgliedern, die 1478 Tage krank waren, wurden 581,80 Mk. an Unterstützung ausgezahlt. Die Lokalkasse, deren Bestand am 1. Januar 1914 1349,42 Mk. betrug, hatte eine Einnahme von 1319,70 Mk., der eine Ausgabe von 1320,39 Mk. gegenüberstand. Einnahmen sind im Quartal 23 männliche und 57 weibliche Mitglieder und ausgetreten 21 Kollegen und 45 Kolleginnen. Am Schluß des Quartals gehörten der Zahlstelle 316 männliche und 613 weibliche, insgesamt 929 Mitglieder an. Das Verbandsleben war infolge des bevorstehenden Verbandstages ein reges. Aus diesem und anderen Gründen machte sich die Abhaltung folgender Versammlungen nötig: eine Generalversammlung, zwei Mitgliederversammlungen, acht Drudereiversammlungen und zwei graphische Kartellversammlungen, außerdem sechs Sitzungen der Verwaltung, drei der Vertrauenspersonen, zwei des Gewerkschaftskartells und je eine der Vergewaltigungskommission und des graphischen Kartells. Im Arbeitsnachweis hatten sich 108 Personen, 28 Männer und 80 Frauen, als arbeitslos eintragen lassen. Offene Stellen wurden 93 gemeldet, 13 für Hilfsarbeiter und 80 für Arbeiterinnen, davon wurden 72 besetzt. 15 Stellen konnten nicht besetzt werden wegen zu geringem Lohnangebots und sechs wegen Mangel an Personal. In der Diskussion erbat sich Kollege Griffel noch Auskunft über einige Punkte. Hierauf wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Nachdem Kollege Paul Herrmann den Wahlmodus bekannt gegeben hatte, schritt man zur Wahl der Verbandsstagsdelegierten, welche mittelst Stimmzettel vorgenommen wurde. Gegen eine Stimme, die auf die Kollegen Gubisch und Sünderhaus lautete, wurden Paul und Franz Herrmann als Delegierte gewählt. In einstündiger Rede besprach Kollege Franz Herrmann sodann die veröffentlichten Verbandsstagsanträge. Sodann behandelte der Referent noch die verschiedensten Anträge, Ausschuß, Presse, Prozedere der Zahlstellen und graphischen Industrieverband betreffend. Er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, der Verbandsstag möge die ihm gestellten Aufgaben zu lösen versuchen, zum Wohle und weiteren Entwicklung des Verbandes. Die Diskussion hierüber war eine sehr rege, denn mehrere Redner äußerten sich teils im Sinne des Referenten, teils noch weitere Wünsche den Delegierten mit auf dem Wege gehend. Unter Verschiedenem gab Kollege Paul Herrmann bekannt, daß die Besichtigung der Leipziger Buchgewerbeausstellung am Sonntag, den 16. August, stattfinden soll und weitere diesbezügliche Bekanntmachungen noch erfolgen. (Eingeg. 25. 5.)

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am 19. Mai. Zuerst wurde die Wahl des Delegierten zum Verbandstag in Leipzig vorgenommen. Die zum Wahlkreis gehörige Zahlstelle Cassel hatte auf die Auffüllung eines Kandidaten verzichtet. Der von Frankfurt nominierte Kandidat, Kollege Anton Raib, wurde von der Versammlung mit allen gegen eine Stimme zum Verbandstag delegiert. Die Behauptung des Kollegen Seibel, der Gauleiter brauche nicht erst gewählt zu werden, sondern habe ohnedies das Recht, den Verbandstag zu besuchen, fand mit dem Hinweis, er solle sich gelegentlich das Statut ansehen, seine Erledigung. Durch Verzug des Kollegen Proß war das Mandat des Schriftführers und Kartelldelegierten erledigt. Die Versammlung betraute einstimmig den Kollegen Carl Schulze mit beiden Ämtern. Die Wahl des Delegierten zum Gantag fiel ebenfalls auf den Kollegen Schulze. Darauf fand eine Besprechung über die zum Verbandstag eingelaufenen Anträge statt, die rege Beteiligung sah. In der Diskussion wurde unter anderem der Antrag über die Herausgabe von Flugblättern durch den Verbandsvorstand zur Annahme auf dem Verbandstag als dringend nötig erachtet. Auch die Einführung von Mitgliederkarten für das erste Jahr der Mitgliedschaft ist, weil sie für den Verband eine Ersparnis bedeuten würde, zu empfehlen. Aus demselben Grunde aber wurde der Delegierte dringend ersucht, den Antrag auf Schaffung eines Ausschusses abzulehnen. In

Verbande seien der Instanzen, die den Mitgliedern ein schweres Geld kosten, schon gerade genug, als daß wir uns noch den Luxus eines im Lande herumreisenden Ausschußvorsitzenden gestatten könnten. Um den Delegierten unnötiges Kopfschütteln zu ersparen, solle man ruhig den alten Verbandstitel beibehalten. Die alte Verbandsfirma hat guten Klang und zu einer Wendung berechtigen die in Bremen gemachten Erfahrungen keineswegs. Die Umwandlung der Wöchnerinnenunterstützung in Krankenunterstützung fand nicht den Beifall der Versammlung. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die anregende Versammlung ihr Ende. (Eingeg. 26. 5.)

Nürnberg-Fürth. In der am 18. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung ehrten die Anwesenden das Ableben unseres langjährigen Mitgliedes Kollegen Rudert. Hierauf erfolgte die Annahme des Protokolls sowie des Geschäfts- und Kassenberichts. Der Antrag des Revisors auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig angenommen. Den Bericht vom Gantag gab Kollege Rinke. Der Antrag, die Gausbeiträge von 3 auf 5 Pf. zu erhöhen, fand Anklang und die Versammlung war mit der Haltung der Delegierten einverstanden. Kollege Redding hielt einen Vortrag über die Anträge zum Verbandstag. Er schilderte die eingelaufenen Wünsche verschiedener Zahlstellen. Während die meisten eine Unterstützungsreduzierung für gut hielten, verlangten einige sogar noch Erhöhung der ihr verbleibenden Prozente. Redner streifte die sonst noch wichtigen Anträge. Die Verschmelzungsfrage dürfte sich noch etwas verzögern, da die Buchdrucker noch nicht damit einverstanden sind. Es wird deshalb einstweilen eine Verbindung mit den Buchbindern angeregt. Der letzte Punkt war die Wahl der Delegierten zum Verbandstag. Gewählt wurden hier sowie in Fürth die Kollegen Redding und Dagner. (Eingeg. 25. 5.)

Eingegangene Druckschriften.

„Das Kapital.“ Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Erstes Buch: Der Produktionsprozess des Kapitals. Volksausgabe. Herausgegeben von Karl Kautsky. XLVIII und 768 Seiten. Preis broschiert 5,50 Mk., gebunden 6,50 Mk. Die Tatsache, daß die Marx'schen Werke vom 1. Januar 1914 an für den Nachdruck frei werden, ließ den Wunsch entstehen, daß für die Arbeiterklasse wichtigste Werk eines ihrer ersten Lehrmeister, den ersten Band des „Kapital“, dem Leser leichter zugänglich zu machen. Karl Kautsky sagt in dem Vorwort zu der nunmehr vorliegenden Volksausgabe, daß ihn der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie aufgefordert habe, eine populäre Ausgabe des „Kapital“ zu veranlassen, und fährt dann fort: „Mir erschien es als eine Pflicht der Pietät gegenüber dem Manne, dem ich mehr als irgendetwas andern an Erkenntnis verdanke, dieser Aufforderung nachzukommen und damit meinen Anteil an der Herausgabe des Marx'schen Nachlasses abzuschießen.“ Außer der Befreiung einer Menge sunstförender Druckfehler hat in der Volksausgabe noch eine Reihe handschriftlicher Aenderungen und Zusätze, die von Marx und Engels in ihren Handexemplaren selbst gemacht und in den bisherigen Auflagen nicht berücksichtigt worden sind, Aufnahme finden können. Ebenso sind durch Zuhilfenahme der französischen Uebersetzung des „Kapital“ nicht unerhebliche Verbesserungen, die besonders der leichten Verständlichkeit zugute kommen, vorgenommen worden. Ferner sind Fremdwörter und vor allem Anglizismen soweit als möglich verdeutschet worden, ohne die Eigenart und Kraft der Marx'schen Sprache aufzuheben. Als eine sehr willkommene Beigabe der Volksausgabe des „Kapital“ wird sich das 68 Seiten umfassende Register erweisen, das insbesondere den Redakteuren der Arbeiterpresse sowie allen andern Praktikern der Arbeiterbewegung als ein Hilfsmittel in der aufreibenden Tagesarbeit dienen wird. Die Volksausgabe des „Kapital“ wird sich bei allen, die bereits eine frühere Auflage des Buches besitzen, als überaus nützlich erweisen. Sie sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Briefkasten.

Abgebrannte in F. Probearbeit ganz nett. Gratulieren! Gewünschtes folgt. Gruß. — F. S. in R. Bitte Gegenzeichnung nie vergessen.